

SED-Bezirksleitung Frankfurt/Oder**Analyse über die Entstehung und (...) Entwicklung des faschistischen Abenteurers im Kreis Fürstenberg/Oder am 17. Juni 1953, 26. Juni 1953**

Im Kreis Fürstenberg/Oder hat die Bewegung keinen grossen Umfang angenommen. In den grössten und wichtigsten Betrieben des Kreises hat in dieser Beziehung nichts stattgefunden. Augenscheinlich ist nur, dass nur die Betriebe, die in unmittelbarer Nähe von StalinStadt liegen, von dieser Bewegung teilweise erfasst wurden.

In folgenden Betrieben kam es zu besonderen Vorkommnissen:

- 1.) DSU - Neuer Hafen
- 2.) VEB Steinbearbeitungswerk

Die Bewegung, d. h. die Provokation, die aus der StalinStadt kam, hatte eine unmittelbare Auswirkung auf die Stadt Fürstenberg/Oder.

Darüber innerhalb der Analyse.

1.) Wo liegen die Ursachen der entstandenen Situation?

Die Feststellung des ZK der SED, dass es bei den Arbeitern zu unverständlichen Handlungen kommen konnte, daran trage die Partei die Schuld, trifft auf den Kreis Fürstenberg/Oder vollinhaltlich zu.

Die Kreisleitung der Partei, das Sekretariat, die Parteileitungen der grossen Betriebe hatten keine Kenntnisse von der wirklichen Stimmung der Massen. Das gleiche trifft zu für den Staatsapparat. Die Mitglieder der Kreisleitung und des Sekretariats lösten sich dadurch von der Masse der Parteimitglieder und Parteilosen, indem sie versuchten, alle Aufgaben auf administrativen Wegen zu lösen und nicht selbst die Beschlüsse der Partei im Feuer der Praxis unter den Massen durchführten. Die Beschlüsse der Partei wurden den Sekretären der Parteiorganisationen übermittelt und damit war es auch schon Schluss. Selbst die Masse der Parteimitglieder und andere Werktätige von der Richtigkeit der Beschlüsse zu überzeugen, geschah nicht in genügendem Masse. Die Mitglieder der Kreisleitung beschränkten sich in ihrer Arbeit auf die Teilnahme an den Sitzungen der Kreisleitung und weiter nichts. Eine operative Anleitung der Masse selbst entwickelte sich nicht. Das führte dazu, dass die Partei nicht über die wirkliche Stimmung im Kreis informiert war und die eingegangenen Berichte oftmals gefärbt waren, weil man sich nicht richtig traute, die Wahrheit zu sagen.

Das kam in noch stärkerem Masse bei den Funktionären des Staatsapparates zum Ausdruck. In einer herzlosen, bürokratischen Art wurden die Beschlüsse weitergegeben und nicht dazu übergegangen, die Beschlüsse der Regierung unter der werktätigen Bevölkerung zu erläutern und sie für die Durchführung dieser Beschlüsse zu begeistern. Auch den Funktionären des Staatsapparates, den Bürgermeistern, wurde nicht bei der Durchführung ihrer Aufgaben geholfen. Hier wurde (oft) häufig die Methode angewandt: Vogel, friss oder stirb. Das führte

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

dazu, dass sie den Mut für die Durchführung ihrer Arbeit oder verzweifelten und schafften nichts. So ist z. B. der Gen. May als Bürgermeister in der Gemeinde Hohenwalde eingesetzt worden. In dieser Gemeinde gibt es die vollkommen heruntergekommene Wirtschaft des Grossbauern G o s e m a n n. Dem Gen. May wurde durch den Rat des Kreises noch nicht geholfen, diese schwierige Arbeit mit der Wirtschaft zu bewältigen. Trotzdem der Vorsitzende des Rates, Gen. Festner, schon draussen war, ebenso andere Ratsmitglieder und verantwortliche Mitarbeiter, hat er noch keine Hilfe erhalten. Gen. May ist soweit, dass er aus Verzweiflung die Arbeit niederlegen will.

Auch der Gen. Kläbsch aus Möbiskrüge sprach darüber, wie die Anleitung des Rates des Kreises aussieht. Operativ ist sie nur dann, wenn besondere Einsätze durchzuführen sind. Auch dann ist sie nicht fruchtbringend für lange Zeit, Hauptsache, der Termin wurde erfüllt.

In den grossen Betrieben des Kreises gibt es unter den Arbeitern gleiche Feststellungen. Die Kumpels aus der Grube Finkenheerd machen der Parteileitung den Vorwurf, dass sie es versäumt hat, schon länger dazu überzugehen und die Linie der Partei vor den Arbeitern selbst zu erläutern. Sie machen ihr den Vorwurf, nur mit der Verwaltung zu arbeiten. Im Kraftwerk Finkenheerd kann das gleiche festgestellt werden. Hier hat sich die Betriebsleitung von den Arbeitern entfernt und findet keinen Kontakt mit ihnen.

Aufgrund solcher Tatsachen konnte es auch geschehen, dass in zwei Betrieben des Kreises die Arbeit teilweise niedergelegt wurde.

Im Steinbearbeitungswerk Fürstenberg/Oder kam es am 18.6.53 zu einer Arbeitsniederlegung von ca. 40 Arbeitern. Durch den Einsatz von Agitatoren durch die Kreisleitung konnte erreicht werden, dass nach 3 Stunden die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Diese Arbeitsniederlegung fand die Zustimmung der BGL.

Als Begründung für die Niederlegung werden verschiedene Gründe angeführt. Die Belegschaft fordert für alle im Betrieb beschäftigten Arbeiter die Lebensmittelkarte B.

Die Arbeiter leisten schwere körperliche Arbeit und die Karte B bekommt nur ein Teil der Arbeiter, während der andere Teil, der die gleiche Arbeit verrichtet, die Karte C bekommt.

Weiterhin fordern die Arbeiter die Versorgung mit Mangelwaren. Ferner wollten die Arbeiter die Arbeit erst wieder aufnehmen, wenn der Ausnahmezustand aufgehoben wird und die streikenden Berliner Bauarbeiter ihre Forderungen durchgesetzt haben.

Es gibt noch andere Ursachen dafür, dass es zur Arbeitsniederlegung kam, gerade zu der Zeit, obwohl die Unzufriedenheit der Arbeiter schon länger vorhanden war. Das ist die Unzufriedenheit der Belegschaftsmitglieder über die schlechten sozialen und sanitären Einrichtungen des Betriebes. Für diesen Zustand trägt in erster Linie der Staatsapparat, bes. der Rat des Bezirkes Frankfurt/Oder die Schuld. Die vorgesehenen Mittel zum Ausbau der Einrichtungen wurden von ihm stark gekürzt, ohne die Lage und den Zustand des Betriebes zu berücksichtigen. Das war eine von diesen herzlosen Massnahmen des Staatsapparates. Die Arbeiter sind schon dazu übergegangen, das was sie aus eigenen Kräften schaffen konnten, selbst zu machen. Doch ihre Kräfte reichten nicht aus, um die Lage befriedigend zu klären.

In der DSU - Neuer Hafen wurde in der Vergangenheit eine ungenügende Arbeit unter den Parteilosen entfaltet, so dass kein richtiges Vertrauen zur Partei vorhanden war. Der Sekretär der Parteiorganisation hat auch nicht alles versucht, die Linie der Partei überzeugend unter

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

den Werkträgern darzulegen. Ein ausreichender Kampf der Überzeugung über die Notwendigkeit der Erhöhung der Arbeitsproduktivität wurde nicht geführt. Diese mangelhafte Arbeit wurde nicht entschieden genug von der Parteikreisleitung beachtet und hatte seine Auswirkungen in den letzten Tagen. Am Dienstag, dem 16.6.53, kam es in diesem Betrieb zu einem sogenannten „Arbeitslangsam-Streik“. Der Betrieb erhielt von seiner Dienststelle in Berlin (...) den Auftrag, die mitgegebenen Richtzahlen für Normen sofort, ohne Diskussion und Differenzierung im Betrieb anzuwenden. Das führte zur Verärgerung der Kollegen und zum sogenannten Arbeitslangsam-Streik.

So wie die Partei und der Staatsapparat nicht hinreichend genug über die Massenstimmung informiert war, war sie es auch nicht über evtl. feindliche Stimmungen oder Tätigkeit.

In der Parteiorganisation des LBI hatte eine Genossin M. einem Genossen der Parteileitung eine Mitteilung darüber gemacht, dass sie gehört hat, dass im Eishüttenkombinat J. W. Stalin ein Streik stattfinden soll. Das war am 3.6.53. Diese Mitteilung hatte sie in ihrer Heimatstadt bei Lübben von einem im EKO beschäftigten Arbeiter erfahren.

Der Gen. M., Mitglied der Parteileitung des LBI, gab diese Mitteilung nicht an die Kreisleitung der Partei weiter. Er informierte nur MfS, sie sollten sich diesen Bericht abholen. Aber die Genossen vom MfS hielten es nicht für notwendig, diese Sache zu bearbeiten, sie erschien ihnen nicht wichtig genug. Hätte die Partei zu dieser Zeit von dieser Mitteilung Kenntnis gehabt, dann hätten die Vorkommnisse in der vergangenen Woche evtl. vermieden werden können.

Das Kommuniqué des Politbüros fand bei den meisten Menschen des Kreises Zustimmung, doch darf man an den negativen Gedanken, die aufgetaucht sind, nicht vorübergehen.

So hatte z. B. dieses Kommuniqué eine schlechte Auswirkung infolge der verantwortungslosen Arbeit des Konsum im Kreis Fürstenberg/Oder.

Der Ministerrat beschloss die Herabsetzung der Preise für Süßwaren per 15.6.53. Diese Herabsetzung wurde aber im Konsum erst am 17.6.53 abgeschlossen und führte natürlicherweise zu einer Unzufriedenheit und auch Misstrauen gegenüber der Ehrlichkeit der Erklärung der Partei und Regierung. Der Leiter des Konsum befand sich zu dieser Zeit im Urlaub und die Leitung scheute ein sofortiges Herangehen an die Arbeit, weil Richtlinien fehlten. Man scheute auch vor der Arbeit zurück, am 14.6.53 die Mitarbeiter des Konsum für die Aufgabe einzusetzen. So begann man eben erst am 19.6.53, und die Bevölkerung bekam die Ware noch zu den alten Preisen.

2.) Ausdehnungen dieser feindlichen Aktionen:

Von einer direkten Ausdehnung der feindlichen Aktionen in Berlin oder StalinStadt/Fürstenberg/Oder auf den Kreis kann nicht gesprochen werden. Eine direkte Ausdehnung der in der StalinStadt entstandenen Provokation kommt in dem Überfall auf das Parteihaus der Kreisleitung in Fürstenberg/Oder zum Ausdruck.

Am 17.6.53 entwickelte sich in StalinStadt eine Arbeitsniederlegung, verbunden mit einer grossen Demonstration, die von Provokateuren angezettelt, ausgenutzt und geleitet wurde.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Die Kreisleitung Fürstenberg/Oder hatte die Weisung, sich mit einigen Genossen für die Agitationsarbeit bereitzuhalten und wenn notwendig, der Kreisleitung StalinStadt in dieser Beziehung zu helfen. In den Betrieben des Kreises Fürstenberg/Oder wurden die Parteiorganisationen durch die Mitglieder des Sekretariats aufgesucht und bereits am Morgen die Agitationsarbeit in diesen Betrieben an Hand der Erklärung des Politbüros zur Normenfrage angeleitet.

Die Kreisleitung Fürstenberg/Oder hatte die Anweisung, bei Demonstrationen nicht mit Gewalt einzugreifen, sondern durch Agitation zu erreichen, die Arbeiter von der Politik unserer Partei zu überzeugen. Als wir erfuhren, dass sich eine Demonstration in StalinStadt entwickelt, wurde festgelegt, dass der grösste Teil der Mitarbeiter und herangezogenen Agitatoren aus den Grundorganisationen als Agitatoren nach StalinStadt entsandt wird. Die Genossen kamen aber nicht mehr bis ganz nach StalinStadt, weil sich die Demonstration schon nach Fürstenberg/Oder hinzog. Die Kreisleitung erhielt erst sehr spät von dieser Tatsache Kenntnis, und zwar um 17.50 Uhr. Hierbei muss man der VP und dem MfS den Vorwurf machen, dass sie den Charakter der Demonstration kannten, ihn aber nicht an uns mitteilten. So waren wir der Meinung, dass sich dieser Zug aus Arbeitern zusammensetzte, die Forderungen in der Normenfrage hätten. Hätte die Kreisleitung Fürstenberg gewusst, dass die Demonstration unter regierungsfeindlichen und faschistischen Losungen stand und mit Knüppeln und ähnlichem bewaffnet war, hätten wir davon Abstand genommen, alle Mitarbeiter des Hauses bis auf 8 in die Demonstration zu schicken, sondern Vorbereitungen zum verstärkten Schutz des Parteihauses für einen evtl. Überfall getroffen. Das Sekretariat erkannte den feindlichen Charakter der Demonstration erst um 17.30 Uhr, als sie vor dem Parteihaus Aufstellung nahm und Losungen, wie z. B. „Nieder mit der Regierung“, „Wir unterstützen Berlin“, „Wir wollen freie Wahlen“, „Schmeisst die Pollacken aus Deutschland raus“, rief und faschistische Lieder, wie „Siehst Du im Osten das Morgenrot“ sangen.

Die Demonstranten sandten eine Abordnung ins Parteihaus und verlangten, dass die führenden Funktionäre auf den Marktplatz kommen sollen, um öffentlich zu sprechen. Diese Diskussion wurde im Eingang zum Parteihaus von 2 Mitgliedern des Sekretariats, dem Vorsitzenden der KPKK und einem Abteilungsleiter geführt. Die Rückfrage des 1. Kreissekretärs beim Gen. Grüneberg ergab, dass nicht öffentlich zu den Demonstranten zu sprechen ist. Diese Weisung wurde von uns eingehalten. Daraufhin versuchte man uns zu provozieren, indem man die Parteifunktionäre beschimpfte und gegen sie hetzte. Daran beteiligte sich auch ein uns später bekannt gewordenes Mitglied unserer Partei, und zwar Alfred E., Lehrer in der StalinStadt. Die Menge wurde von den Provokateuren zum Sturm auf das Parteigebäude aufgefordert. Infolge der geringen Zahl der im Hause verbliebenen Mitarbeiter gelang es den Eindringlingen, uns bis zum untersten Treppenabsatz im Gebäude zurückzudrängen. Dort kam es zum Handgemenge, in welchem wir voneinander getrennt wurden und es nicht mehr möglich war, geschlossen das Haus zu verteidigen. Nachdem der Sturm auf das Parteigebäude begann, verliess der Gen. Rettig, Mitglied des Sekretariats, das Haus, um nicht in das Handgemenge zu geraten. Er musste erst später nach vielen Stunden von zu Hause geholt werden. Während des Überfalls wurden alle Fensterscheiben, einige Möbel und andere Einrichtungsgegenstände bewusst zerstört. Als ein Kommando der VP eintraf und Einheiten der Sowjetarmee, gelang es, das Haus freizumachen und eine Anzahl von Provokateuren festzunehmen.

(...)

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

6.) Taktik und Methoden des Feindes:

Während der Provokation nahm der Feind folgende Methode an. Durch Provokateure innerhalb des Demonstrationzugs wurden Strassenpassanten aufgefordert, mitzumachen, andernfalls würde man sie schlagen. Durch diese Drohungen erhielt der nach Fürstenberg/Oder ziehende Demonstrationzug eine Stärke von ca. 1.900 Mann. Nachdem die Provokateure ihr Ziel nicht erreichten, gingen sie dazu über, innerhalb der Stadt und des Kreises Gruppen zu bilden. So sind z. B. in Neuzelle 2 Gruppen auseinander getrieben worden, die versucht hatten, an Mitglieder der Jungen Gemeinde heranzukommen. Gegenwärtig arbeitet der Feind versteckt.

7.) Zusammensetzung der Rädelsführer:

Von den insgesamt 95 festgenommenen Personen am Tage des Überfalls und später sind alle Bürger der DDR.

(...)

[Quelle: BLHA, Rep. 730, Signatur 728, ohne Blattangabe; erstmals veröffentlicht in: Burghard Ciesla (Hg.), Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg, Berlin 2003, S. 129-134.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---